



# Zu reich für den Kapitalismus

## Die Krise der gesellschaftlichen Investitionsfunktion

6. April 2010

**Martin Gallusser, Thomas Heilmann, Beat Ringger Hans Schäppi, Johannes Wickli, Bruno Unternährer**

*Der nachstehende Text wurde in mehreren Diskussionssrunden von der Fachgruppe Politische Ökonomie des Denknetzes erarbeitet und wird von den obenstehenden Mitgliedern dieser Fachgruppe kollektiv gezeichnet. Die Textredaktion besorgte Beat Ringger.*

Investitionsentscheide sind Weichenstellungen für die Zukunft. Die Art, wie diese Entscheide gefällt werden bestimmt die Entwicklungsaussichten einer Gesellschaft. Im Kapitalismus werden die Investitionsentscheide massgeblich von privaten Gewinninteressen geprägt. Angesichts der enorm gewachsenen Produktivität moderner Gesellschaften führt dieser Umstand zu immer grösseren Verwerfungen und Schäden. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise ist in ihrem Kern nur aus einer solchen Sicht zu verstehen: Es handelt sich um eine Krise der *gesellschaftlichen Investitionsfunktion*. Die Neuordnung der Art, wie das Investitionsgeschehen bestimmt wird, ist deshalb zur zentralen gesellschaftlichen Aufgabe geworden.

Die Krise der Investitionsfunktion weist eine qualitative und eine quantitative Seite auf. Der Druck zur Gewinnoptimierung unter Konkurrenzbedingungen treibt die Unternehmen dazu, Investitionen ohne Rücksicht auf die Folgen für Menschen, Natur und Lebensräume zu tätigen. Zu den Folgen gehören die Plünderung der natürlichen Ressourcen, die Umweltverschmutzung, die Gefährdung des Klimagleichgewichts. Zu den Folgen gehört ebenso die enorme materielle Ungleichheit in den Lebensbedingungen der Menschen. Diese Ungleichheit wird durch die Ausrichtung der Investitionen auf kaufkräftige Bevölkerungsschichten aufrecht erhalten und vertieft. In die Entwicklung und in das Marketing fragwürdiger neuer Produkte werden Unsummen investiert - etwa in immer schwerere Autos oder in Medikamente ohne echten Zusatznutzen -, für die Entwicklung von Medikamenten zur Bekämpfung von Tropenkrankheiten hingegen wird wenig getan – ganz einfach deshalb, weil in den Tropengürteln der Erde viel weniger Kaufkraft versammelt ist als in den gemässigten Zonen. In einer Welt des Überflusses bedingen sich so Hunger und Zerstörung einerseits, entgrenzter Konsumismus andererseits.

Da der Kapitalismus in seinem Kern blind ist für soziale und ökologische Anliegen, müssen sich soziale und politische Bewegungen den Folgen der Profitmaximierung unter grossen Anstrengungen entgegenstemmen. Diese Anstrengungen müssen immer wieder von neuem geleistet werden. Denn das Kapital versteht es, sich den sozialen und ökologischen Regulierungen zu entwinden, zum Beispiel dann, wenn sich die Probleme auf eine globale Ebene verlagern, auf der sich Regulierungen wegen der Standortkonkurrenz zwischen den Ländern nur schwer durchsetzen lassen. Zudem stösst das Kapital laufend in neue technologische und gesellschaftliche Bereiche vor; Gegenbewegungen werden dabei ständig hintertrieben.

Dies ist *die qualitative Seite der Krise der Investitionsfunktion*. Die ihr zugrundeliegenden Mechanismen wirken seit den geschichtlichen Anfängen des Kapitals und erst recht seit seinem Siegeszug im Kapitalismus. Das Ausmass der dadurch ausgelösten Schäden ist jedoch exponentiell gewachsen und verändert den Charakter der Bedrohungslage: Heute wird selbst das weltumspannende Klimasystem destabilisiert. Die zunehmende Mächtigkeit des gesellschaftlichen Reichtums macht einen zunehmend sorgfältigen Einsatz dieses Reichtums erforderlich. Diese Sorgfalt kann gegenwärtig - wenn überhaupt - nur noch unter grössten Anstrengungen gewährleistet werden. Moderne Gesellschaften sind "zu gut" geworden für den Kapitalismus: Unsere Fertigkeiten und Kenntnisse, unsere industriellen Kapazitäten, unsere technischen Errungenschaften sind derart wirkungsvoll, dass sie unter dem Diktat der Kapitalverwertung immense Schäden verursachen.

## **Die quantitative Krise der gesellschaftlichen Investitionsfunktion**

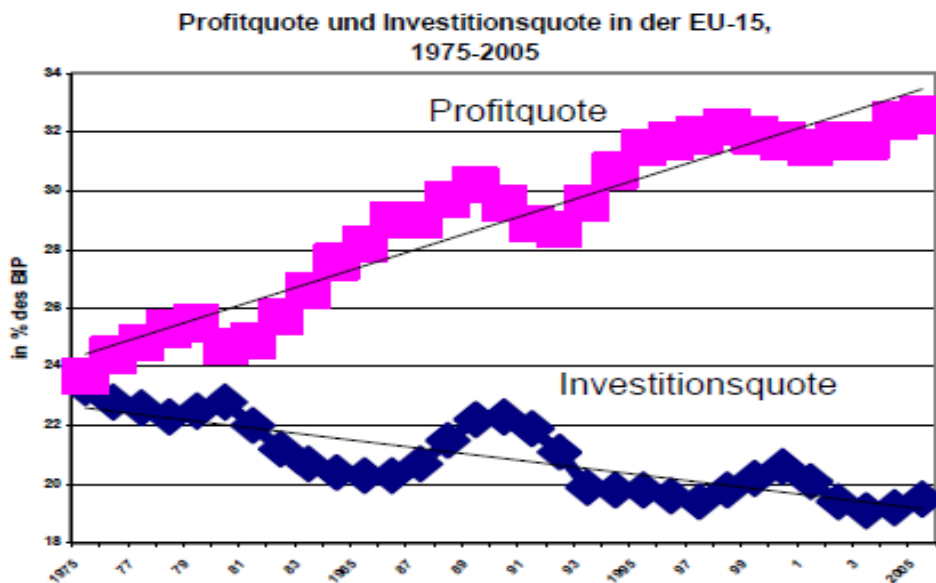
Gesellschaften sind aber nicht nur zu gut, sondern auch zu reich geworden für die Dominanz des Kapitals: Dies ist der *quantitative Aspekt* der Krise der Investitionsfunktion. Während die qualitativen Aspekte die Folgen betreffen, die für die Menschen und die Umwelt aus dem Kapitalverhältnis entstehen, sorgt dieser quantitative Aspekt dafür, dass das Kapitalverhältnis von innen her in Widersprüche verwickelt wird. Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise ist der bisher schärfste Ausdruck dieser inneren Spannungen.

Dem SPD-Politiker Helmut Schmidt (deutscher Bundeskanzler von 1974 bis 1982) wird das bekannte Bonmot zugeschrieben, die Gewinne von heute seien die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen. Schmidt drückte damit die Haltung der gemässigten Linken seiner Zeit aus. Zielgrösse dieser gemässigten Linken war ein sozial gebändigter "Kapitalismus für alle". Tatsächlich funktionierte dieser Kreislauf von Gewinnen, Investitionen und Arbeitsplätzen während des goldenen Zeitalters des Kapitalismus (der dreissig Jahre nach dem Ende des 2. Weltkriegs) leidlich - zumindest in den reichen Industrienationen. Dies bildete denn auch die Basis für die Sozialpartnerschaft der Nachkriegsjahre.

Schmidt formulierte sein Diktum allerdings just zu einem Zeitpunkt, in dem es seine Gültigkeit einbüsste. Seit Mitte der siebziger Jahre sind wir mit einem zunehmenden Paradoxon konfrontiert. Je mehr die Kapitalisten betonen, der goldene Weg zu Wohlstand führe über optimale Rahmenbedingungen für das Kapital, umso weniger investitionsfreudig scheint eben dieses Kapital zu sein. Zwar gelang es den herrschenden Eliten dank der neoliberalen Offensive, die Gewinne nach der Krise der siebziger Jahre wieder wesentlich zu steigern. Doch während die Profitquote (Profite im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt) in den letzten 30 Jahren deutlich anstieg, trat nicht ein, was gemäss dem Schmidt'schen Diktum hätte eintreten müssen: Die

Investitionsquote (reale Investitionen im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt) verzeichnete kein Wachstum, sie ging sogar zurück.

Diese Zusammenhänge tauchen in einer Fülle empirischer und statistischer Erhebungen auf (z.B. UNO, 2008 1/2), werden jedoch nur selten gewürdigt. Die kritischen Ökonomen Jörg Hufschmid und Michel Husson weisen mit Nachdruck auf diese Problematik hin (Hufschmid et al 2007, S. 19 f., Husson 2009, S. 13 f., Husson 2009/2, S.22 f.). Die nachstehende Grafik 1 verdeutlicht den Zusammenhang am Beispiel der EU15:



Grafik 1: Verlauf der Profitquote (Profite im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt BIP) und der Investitionsquote (Investitionen zu BIP) im Zeitraum 1975 bis 2006 (Hufschmid 2007, S. 19)

Diese quantitative Krise der Investitionsfunktion mündet in Finanz- und Wirtschaftskrisen, die einander in immer schnellerem Tempo ablösen. Der relative Rückgang der Investitionen führt zunächst einmal zu einer Überakkumulation von Kapital (Finanzvermögen). Laut Hufschmid (Hufschmid, 2009, S.13) stieg das weltweite nominelle Finanzvermögen im Zeitraum von 1980 bis 2007 um das 16-Fache von 12 Bio auf 197 Bio Dollar, während das Weltsozialprodukt in der gleichen Zeit nominell nur um das 5-Fache von 10.1 auf 55.5 Bio Dollar wuchs. Diese 'überschüssigen' Finanzvermögen werden in den Finanzmärkten platziert.

Ein weiteres Symptom ist die rasante Zunahme von Fusionen und Firmenübernahmen. Diese Zunahme ist ein untrügliches Zeichen dafür, dass sich die Unternehmen eine Verbesserung ihrer Marktposition nicht mehr in erster Linie durch "inneres Wachstum", also durch Investitionen in neue Maschinen, Fabriken, Produkte erhoffen, sondern durch das Einverleiben von Konkurrenzunternehmen. In den Jahren 1985 bis 2003 haben weltweit knapp 300'000 Mergers and Aquisitions (Fusionen und Firmenübernahmen) stattgefunden mit einem Gesamtvolumen von 20'400 Milliarden US-Dollar. Allein in den Jahren 1992 bis 2000 stieg der jährliche nominelle Wert der getätigten M&A-Geschäfte um das Siebenfache (Kummer 2005, S. 1). Zwischenzeitlich sank dieses Volumen wegen der New-Economy-Wirtschaftskrise in den Jahren 2000-2002 wieder um circa 30%. Im Jahr 2006 übertraf die Zahl der Mergers and Aquisitions den Rekordwert von 2000 aber erneut. Dabei muss man sich vor Augen halten, dass die M&A-AkteurInnen beträchtliche Risiken eingehen und dies auch wissen. "In gut zwei Drittel der Fälle sind Fusionen und Übernahmen für die

## Was ist die gesellschaftliche Investitionsfunktion?

Die ersten menschlichen Gesellschaften ernährten sich vom Jagen und Sammeln. Ein Mehrertrag, der über den unmittelbaren täglichen Bedarf hinausgegangen wäre, blieb sporadisch. Erst mit der Entwicklung der Landwirtschaft konnte ein regelmässiger Überschuss an lebensnotwendigen Gütern erzielt werden. Die landwirtschaftliche Produktionsweise machte einen solchen Überschuss nicht nur möglich, sondern auch notwendig: so musste ein Teil der Lebensmittel zwingend gespart werden, um im nächsten Jahr wieder sähen zu können. Nur durch diesen Konsumverzicht auf einen Teil der Getreideernte war die Aussaat im Folgejahr gesichert.

Der regelmässige landwirtschaftliche Mehrertrag bot die Voraussetzung dafür, dass die Herstellung von Gebäuden, Geräten, Waffen, Gefässen, Kleidern usw. laufend verbessert werden konnte. Die Entdeckung und Entwicklung neuer Rohstoffe und Fertigungsverfahren, z.B. in der Erzgewinnung und der Metallverwertung, verlieh dieser Entwicklung mächtigen Auftrieb. Investitionen werden nun zu einer wichtigen gesellschaftlichen Kategorie. Nun konnten sich Prozesse und Kreisläufe etablieren, in denen menschliche Gemeinschaften regelmässig sparten und das Ersparte gezielt investierten. Investitionen dienen einerseits dazu, den Stand des gesellschaftlichen Ertrages zu erhalten. Sie fingen den Verschleiss auf, dem Werkzeuge, Gebäude, Transportmittel etc ausgesetzt waren. Sie dienten aber auch der Ausweitung der Produktion oder der Verbesserung der Produktionsmittel, und sie wurden nötig für den Erhalt und die Entwicklung menschlicher Fertigkeiten (z.B. durch Schulen, Universitäten).

Wir bezeichnen Strukturen und Prozesse im Zusammenhang mit diesen Investitionen als *gesellschaftliche Investitionsfunktion*. Die Ausprägung dieser Investitionsfunktion bestimmt die Entwicklungsdynamik einer Gesellschaft. Die Investitionsfunktion beantwortet folgende Fragen: Wie und durch wen werden Ersparnisse erzielt, wie also wird ein regelmässiger Mehrertrag gesichert, der nicht verkonsumiert wird? Wie wird dieser Mehrertrag verteilt? Wer entscheidet über die investive Verwendung dieses Mehrertrags, nach welchen Interessen und unter welchen Rahmenbedingungen?

Eine besondere Dynamik entstand durch die Vorteile, die mit zentralen Infrastrukturen zu erzielen waren, zum Beispiel durch landwirtschaftliche Bewässerungssysteme in den Regionen des nahen Ostens und Ägyptens, oder durch Strassennetze, die den Warenaustausch erleichterten. Solche Infrastruktursysteme machten eine entsprechende Zentralisierung

Aktionäre wertvernichtend, diese Grundregel ist Finanzinvestoren wohl bekannt." (NZZ, 26.5.2008). Fusionen oder Firmenübernahmen dürften entsprechend über alles gesehen kaum zu Produktivitätssteigerungen führen, obwohl genau dies in der Regel das Ziel darstellt (z.B. via Economy of scales, d.h. Rationalisierungseffekte durch Grössenwachstum). Sie führen nicht zu verbesserten Produktivität, sondern zu einer Zentralisierung von Marktmacht durch die Ausschaltung von Konkurrenz.

Beispielhaft taucht die Schwierigkeit, produktive Investitionen tätigen zu können, auch in den Berichterstattungen über einzelne Unternehmen auf. So schrieb die NZZ am 14.1.2004 zur Lage der Ems-Chemie: „Ein Grundproblem bleibt indessen bestehen: Die Ems-Chemie erzeugt mit ihren industriellen Aktivitäten viel mehr flüssige Mittel, als sie zum Betreiben des operativen Apparats benötigt. 2003 machten die Investitionen nur gerade 17.4 (i.V. 31.4)% des generierten Cash-Flows aus. Was also tun mit dem vielen Geld, wenn man es nicht mehr in Beteiligungen stecken kann?“. Der Tages-Anzeiger zitierte den Novartis-Finanzchef Raymond Breyer anlässlich der milliardenschweren Gewinne des Pharmakonzerns im Januar 2005 mit den Worten: "Wir verfügen über zu viele liquide Mittel". Dies, nachdem der Konzern zuvor während acht aufeinanderfolgenden Jahren die Dividende erhöhen und umfangreiche Aktienrückkäufe finanzieren konnte. (Tages-Anzeiger, 21.1.2005). Die Wirtschaftszeitschrift Cash präsentierte im März 2006 eine Übersicht über die "prallvollen Kriegskassen" der Schweizer Konzerne. Gemäss Cash belief sich für die 19 grössten Schweizer Unternehmen *ohne* Finanzinstitute (d.h. ohne Banken und Versicherungen) die Summe der unverteilter Gewinne Ende 2005 auf 52 Milliarden Franken. Dies führe zu einem hohen Druck Richtung Firmenübernahmen und Fusionen. Cash zitiert einen "Profi" des M&A-Geschäftes: "Wer in den nächsten sechs Monaten nicht zugreift, wird selbst geschluckt". (Cash, 9. März 2006).

Die Folgen der Schere zwischen Profiten und realen Investitionen sind auf Dauer verheerend. Spekulationsblasen entstehen in immer rascherer

des gesellschaftlichen Reichtums nötig, weil nur so genügend Mittel vereint werden konnten, um aufwändige Projekte realisieren zu können. Kriegerische Auseinandersetzungen vermittelten weitere mächtige Anstöße für eine Zentralisierung von Reichtum und Macht. Die Ausbildung der gesellschaftlichen Investitionsfunktion ging deshalb einher mit sozialen Differenzierungen und mit der Ausbildung gesellschaftlicher Klassen. Die Investitionsfunktion wurde damit überlagert durch die Verteilungsfrage. Die herrschenden Schichten eigneten sich einen erheblichen Teil des erarbeiteten Reichtums nicht in der Absicht an, diesen Reichtum zum Nutzen der Gesamtbevölkerung zu investieren, sondern um ihn für die eigenen Konsumbedürfnisse zu verwenden. Dies hat den gesellschaftlichen Fortschritt in erheblichem Masse behindert und verlangsamt.

Dies änderte sich im Kapitalismus grundlegend. Der massgebende gesellschaftliche Reichtum floss nun nicht mehr einem Adel in die Hände, der seine gesellschaftliche Stellung auf dem Besitz von Boden und auf das Kriegshandwerk abstützte. Der Reichtum sammelte sich nunmehr mehrheitlich in den Händen des Unternehmertums, dessen gesellschaftliche Position auf dem Besitz von Kapital beruhte. Geld diente nicht mehr überwiegend der Finanzierung von Luxus und von Herrschaftsapparaten, sondern wurde investiert in der Absicht, Gewinn zu erzielen. Genau dies ist das Kennzeichen von Kapital. Im Kapitalismus verband sich also die gesellschaftliche Investitionsfunktion mit der Art und Weise, wie gesellschaftliche Macht hergestellt wird, während in früheren Gesellschaften Herrschaft häufig einen überwiegend parasitären Charakter getragen hatte. Geld regiert die Welt nun nicht mehr nur in Form von Reichtum und Kaufkraft; Geld modelt sämtliche ökonomischen Beziehungen nach den Gesetzmässigkeiten der Kapitalvermehrung um.

Es zeigte sich aber rasch, dass das kapitalistische Investitionsprinzip ungeeignet war, wenn es darum ging, übergeordnete gesellschaftliche Funktionen zu erfüllen. Der Staat übernahm deshalb eine Reihe von Aufgaben: Die Energie- und Wasserversorgung, ein öffentliches Transportwesen, öffentliche Schulen und so weiter. Er übernahm damit auch einen Teil der Wirtschaft und einen Teil der gesellschaftlichen Investitionsfunktion. Er tat (und tut) dies allerdings nur subsidiär zu den Kapitalinteressen. Der "Staat" soll nur also das tun, was der "Markt" nicht leisten kann, denn - so die passende Ideologie - Märkte seien a priori effizienter als der Staat. Dies lässt sich zwar empirisch nicht belegen, gehört aber zum Kanon bürgerlichen Gedankengutes

Im Ergebnis tritt die Investitionsfunktion im Kapitalismus als Mischform auf: Die private.

Reihenfolge. Zwischendurch mag es erscheinen, als habe sich eine virtuelle "New Economy" gebildet, basierend auf Wissen und Kreativität statt auf Arbeit, verwirklicht in den luftigen Welten der Finanzmärkte oder der Internetfirmen, von der sogenannten Realwirtschaft abgekoppelt. Doch diese Illusion wird immer wieder gründlich zerstört. Dschungelhaft verschlungene Derivate, windige Informatikfirmen, manipulierte Rating-Agenturen scheinen die Gravitationskraft des Realen während zwei, drei Spekulationsjahren ausser Kraft zu setzen. Doch auch das Finanzkapital kann seine Renditeerwartungen letztlich nur auf der Basis real geschaffener Werte einlösen.

Wie gefährlich die Eigendynamik auf den Finanzmärkten werden kann, hat nicht erst die neueste Finanzkrise von 2007/2008 gezeigt. Bereits frühere Finanzkrisen haben ganze Volkswirtschaften in Abgründe gestürzt, etwa die Asienkrise 1997/98 oder die Argentinienkrise 2000. Doch 2007/2008 wurden erstmals auch die Finanzzentren in den USA und in England erfasst - und damit die ganze Welt.

## **Warum sinkt die Investitionsquote trotz steigender Profite?**

Wie aber lässt sich das Absinken der Investitionsquote erklären? Ein erster Grund liegt in der zunehmenden Rationalisierung der Industriellen Fertigung. Dank der enormen Steigerung der Produktivität in den letzten Jahrzehnten können Industriegüter mit immer kleinerem Aufwand hergestellt werden. Manchmal (nicht immer) drückt sich dies in sinkenden Preisen aus, etwa für Personal Computer, die immer weniger kosten, obwohl sie immer mehr leisten. Dieser Trend erfasst nicht nur die Herstellung bestehender Produkte. Vielmehr wird die Gesamtheit aller Produktionsverfahren immer effizienter, und neue Produkte werden von Anfang an darauf ausgelegt, dass sie möglichst automatisiert hergestellt werden können. Die Entwicklung wird dadurch beschleunigt, dass auch die Produktionsmittel selbst (Maschinen, Fertigungsanlagen etc) immer produktiver hergestellt werden können. Die Fertigung kann mit einer neuen Generation von Maschinen viel rascher

Kapitalakkumulation dominiert, wird aber ergänzt durch Formen öffentlich geregelter Investitionstätigkeit. Dem Staat werden jedoch gewinnbringende Tätigkeiten verwehrt (diese sollen ausschliesslich von privater Seite erbracht werden). Entsprechend verfügt er über keine eigenständige investive Dynamik. Die Mittel für staatliche Aufgaben müssen durch Steuern, Gebühren oder durch die Aufnahme von Geldmitteln auf den Kapitalmärkten (Staatsanleihen) aufgebracht werden.

In den gegenwärtigen ökonomischen Statistiken wird nur das als Investition erfasst, was in Geldform vorliegt. Dies führt zu Verzerrungen der realen Prozesse, und diese Verzerrungen werden umso bedeutender, je mehr sich die gesellschaftlichen Tätigkeiten in den Wissensbereich und in den Bereich zwischenmenschlicher Beziehungen verlagern. Beispiele: Ein Grossteil der Aktivitäten, die die Qualität des Internet als Kommunikations- und Informationsplattform ausmachen, werden nicht als ökonomisch "erkannt" und deshalb auch nicht gezielt gefördert. Investitionen in den Aufbau von Kindertagesstätten, in die Ausbildung des Personals usw. erscheinen als "Konsum", als gesellschaftliche Kosten, und nicht als Investitionen. Eine Verkürzung der Arbeitszeit, durch die eine Fülle von Tätigkeiten einer 'dekommerzialiserten Ökonomie' gefördert würden, erscheint als Desinvestition, weil dadurch das in Geld gemessene Wirtschaftsprodukt sinkt.

erfolgen, obwohl diese Maschinen deutlich weniger kosten. Dadurch lohnt es sich, die Rationalisierungsschritte immer umfassender anzulegen. So hat Coca-Cola Schweiz eine neue Abfüllanlage installiert, deren Kapazität ausreicht, um sämtliche Getränke aller Hersteller in der Schweiz in Flaschen abzufüllen, und dies zu den landesweit günstigsten Preisen. Entsprechend werden "auf der grünen Wiese" immer häufiger ganze neue Fabriken erstellt, wo früher noch in eine partielle Erneuerung des Maschinenparks investiert worden wäre.

Die Einführung rationellerer Fertigungsmethoden erlaubt es einem einzelnen Unternehmen, günstiger zu produzieren als die Konkurrenz. Dadurch erzielt es einen Extraprofit und kann Marktanteile gewinnen. Dieses Spiel gelingt so lange, bis alle überlebenden Unternehmen der Branche das neue Rationalisierungsniveau erreicht haben - nur um dann von neuem wieder loszugehen. Dieser Kreislauf erschöpft sich aber nun zunehmend. Sind Fabriken erst einmal weitgehend oder vollständig automatisiert, dann lässt sich keine menschliche Arbeit mehr wegrationalisieren. Auch in China oder Indien werden heute keinesfalls mehr veraltete, sondern hochmoderne, auf hohem Stand automatisierte Fabriken gebaut. Die Entwicklung geht natürlich insgesamt

nur tendenziell in die Richtung der Vollautomatisierung; die Tendenz ist aber genügend stark, um den Kapitalismus in eine historische Krise zu manövrieren, in die Krise der Investitionsfunktion.

Gemessen an der Zahl der Arbeitsplätze hat der Industriesektor in den letzten fünfzig Jahren denn auch massiv an Gewicht verloren. Typischerweise beträgt der Anteil der Arbeitsplätze im sogenannten zweiten Wirtschaftssektor (Industrie und Gewerbe) in den meisten "Industrienationen" der Welt noch zwischen 20 und 25%. Stellt man zusätzlich in Rechnung, dass innerhalb der Industrie die eigentliche Güterfertigung gegenüber Entwicklung, Marketing, Verkauf, EDV ebenfalls massiv zurückgegangen ist, dann wird das Ausmass der Schrumpfung noch deutlicher. Zum Beispiel in der chemisch-pharmazeutischen Industrie der Schweiz: Ende des 2. Weltkriegs betrug der Anteil der in der Fertigung Beschäftigten rund 70% des gesamten Personalbestandes. Dieser Anteil sank kontinuierlich und beträgt heute um die 30%. Dies macht deutlich, dass es sich um einen Prozess handelt, der hinsichtlich des Ausmasses mit der Schrumpfung der Bedeutung der Landwirtschaft in der vorangegangenen Epoche vergleichbar ist.

Dank der elektronischen Informationsverarbeitung sind nicht nur in der eigentlichen Produktion, sondern auch in der Administration und der Datenverarbeitung enorme Produktivitätsfortschritte erzielt worden. Ein Teil der Dienstleistungen stand in den letzten dreissig Jahren also ebenfalls unter hohem Rationalisierungsdruck. Hingegen gibt es einen grossen Bereich, in dem eine solche Entwicklung nur beschränkt möglich ist. Es handelt sich um die personenbezogenen Dienstleistungen. Dies sind

Dienstleistungen, bei denen die Konsumation von der Produktion nicht getrennt werden kann und für die die Gegenwart der Empfängerin/des Empfängers der Dienstleistung unabdingbar ist, also zum Beispiel Dienste, die der Gesundheit der Personen oder ihrer persönlichen Entwicklung (z.B. Bildung) dienen. Die beschränkte Rationalisierbarkeit dieser Art von Dienstleistungen bringt Mascha Madörin pointiert zum Ausdruck: "Man kann zwar schneller Autos produzieren, aber nicht schneller Kinder erziehen" (Madörin, 2009). Für die Gesundheitsversorgung gilt sinngemäss: Man kann zwar Medikamente rationeller produzieren, Aber Kranke lassen sich nicht rascher gesundpflegen, als dies der Heilungsprozess zulässt. Das relative Gewicht dieser personenbezogenen Dienste an der gesamten Wirtschaftsleistung hat denn auch in den letzten Jahren beträchtlich zugenommen. Sie bleiben arbeitsintensiv, und sie sind gerade deshalb für das Kapital nur von beschränktem Interesse, weil das fehlende Rationalisierungspotential die Profitaussichten beschränkt und Monopolstellungen verunmöglicht. Dies ist der zweite zentrale Grund für die akute Krise der Investitionsfunktion: Das Kapital ist in die Klemme geraten zwischen einer Güterproduktion, in der der Raum für Rationalisierungsinvestitionen tendenziell schrumpft, und einem Sektor personenbezogener Dienstleistungen, der für Rationalisierungsinvestitionen nur beschränkt verfügbar ist.

### **Wissen und Profite**

Kommt eine weitere Erschwernis dazu. Sie entsteht dadurch, dass die Verarbeitung von Informationen andern Regeln folgt als die der Güterherstellung. Deutlich ist dies zum Beispiel im Bereich der Softwareprogrammierung. Hier ist die Entwicklung alles, die "Fertigung" nichts. Die Ergebnisse von Informationsverarbeitung können - im Gegensatz zu materiellen Gütern wie einer Waschmaschine oder einem Tisch - beliebig vermehrt/reproduziert werden, ohne dass dies mit Arbeits- und Kostenaufwand verbunden ist. Dem entspricht, dass die Nutzung informationsbasierter Produkte keinen Verschleiss erzeugt. Ein Brot lässt sich nur ein Mal essen, ein Computerprogramm lässt sich unendlich oft gebrauchen. Der Aufwand für die Erstellung von Computerprogrammen, Bildern, Musikstücken, Filmen etc. liegt in der *Produktentwicklung*, nicht in der *Produkt"herstellung"*. Letzere besteht nur noch im Kopieren elektronischer Daten. Entsprechend beschränken sich auch die Investitionen auf die Produktentwicklung. Ihre kommerzielle Nutzung ist nicht mehr dadurch gesichert, dass die Produktion nur für diejenigen möglich ist, die das Kapital für die Fertigungsanlagen aufbringen können. Deshalb drängt das Kapital so sehr darauf, Informationen und Informationsnutzung zu privatisieren. Statt die informationsbasierten Güter allen zur freien Verwendung und zur Weiterentwicklung zur Verfügung zu stellen, versucht das Privatkapital den Gebrauch zu limitieren. Nur so kann überhaupt noch ein Preis für diese Güter erzielt werden. Diese Limitierung beruht auf Monopolstellungen, die mit gesetzlichen und repressiven Massnahmen (Patente, Lizenzen, technischer Kopierschutz, Bestrafung von "Raub"kopien etc) gesichert werden müssen. Je dominanter der Entwicklungsaufwand bei einem Produkt ist, desto stärker muss sich das Kapital also darum bemühen, die "potentielle Fülle der menschlichen Intelligenz in Knappheit zu verwandeln" (Gorz).

Paradoxerweise führt dies sowohl zu einer Steigerung der Profite als auch zu einer erhöhten Verletzlichkeit der Grundlagen, auf denen diese Profite erzielt werden. Die Steigerung der Profitquote der letzten dreissig Jahre erfolgte zu einem guten Teil in Branchen, in denen Wissen und Informationsverarbeitung eine zentrale Rolle spielen, während sich das Gewerbe und die klassische Industrie mit vergleichsweise bescheidenen

Gewinnmargen zufrieden geben mussten (Rieger, 2009). Zu den grossen Abräumern zählten insbesondere Software-Firmen, Pharmakonzerne, Banken und Finanzinstitute. Die Profite dieser Unternehmen basieren auf Patenten (z.B. für eine Software-Nutzung) und auf Wissensmonopolen (z.B. über die Mechanismen auf den Finanzmärkten). Werden diese wissensbasierten Monopole jedoch aufgebrochen, dann zerfällt die Unternehmensbasis dieser Konzerne. Darin besteht die Verletzlichkeit ihrer Grundlagen. Ein solcher Zerfall würde z.B. eintreten, wenn sich in der Informatik Open-Source-Produkte durchsetzen könnten, wenn in der Pharmaindustrie offene Patente Einzug halten würden (wichtige Ansätze dazu bestehen bereits), oder wenn die Finanzmärkte wesentlich stärker reguliert und damit transparenter würden. Für alle drei Bereiche besteht bereits beträchtlicher gesellschaftlicher Druck in diese Richtungen. Denn die Privatisierung von Wissen reduziert die optimale Nutzung durch die Gesellschaft erheblich. André Gorz drückt dies treffend in folgenden Worten aus: „Wissen ist keine ordinäre Ware, sein Wert ist unbestimmbar, es lässt sich, insofern es digitalisierbar ist, endlos und kostenlos vermehren, seine Verbreitung steigert seine Fruchtbarkeit, seine Privatisierung reduziert sie und widerspricht seinem Wesen. Eine authentische Wissensökonomie wäre ein Gemeinwesenökonomie, in der die Grundkategorien der politischen Ökonomie ihre Geltung verlieren und in der die wichtigste Produktivkraft zum Nulltarif verfügbar wäre“ (Gorz, 2004, S.79). Beispiel Wikipedia: Der Erfolg der online-Enzyklopädie basiert auf einer Form von Geschenkwirtschaft, denn die AutorInnen der Lexika-Einträge arbeiten alle unentgeltlich. Trotzdem ist Wikipedia hinsichtlich seiner Qualität dem altherwürdigen Brockhaus bereits überlegen.

## Die blockierte Nachfrage

Diese drei Trends - Rückgang der Rationalisierungspotentiale in der Güterfertigung, weitgehende Resistenz der personenbezogenen Dienstleistungen gegenüber Rationalisierungen, zunehmende Bedeutung von Wissen und Informationsverarbeitung – ziehen die gegenwärtige, kapitalistisch geprägte gesellschaftliche Investitionsfunktion in eine tiefe Krise. Die Tatsache, dass die Profitquote und die Investitionsquote auseinanderlaufen, verleihen dieser Krise einen zunehmend explosiven Charakter. Dazu tritt ein weiterer Widerspruch, der durch die Dynamik der Krisen an Schärfe gewinnt.

Krisen führen im Kapitalismus zu einer Verstärkung der Konkurrenz. Dies veranlasst die einzelnen Unternehmen dazu, Kosten zu senken. Dadurch entsteht Druck auf die Arbeitsbedingungen und auf die Löhne. Die Unternehmen verlagern Teile der Produktion in Niedriglohnländer, erhöhen die Arbeitsrhythmen, führen Arbeit auf Abruf ein und so weiter. All diese Massnahmen führen zu einer Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zu Lasten der LohnbezügerInnen und zugunsten der KapitalbesitzerInnen. Die Lohnquote (Anteil der Löhne am BIP) ist in allen wichtigen OECD-Ländern über die letzten zwanzig Jahre gesunken.

Damit wird nun aber Nachfrage nach den Produkten und Diensten der Privatwirtschaft beeinträchtigt. Die Kaufkraft der breiten Bevölkerungsteile hält nicht mit der Ausweitung der Produktion Schritt. Dieser Nachfragebeschränkung könnte durch eine Steigerung der staatlichen Nachfrage kompensiert werden. Allerdings muss auch eine staatliche Nachfrage finanziert werden. Nun sind aber in den letzten Jahren ausgerechnet jene Steuern gesenkt worden, die auf Unternehmensgewinne, hohe Einkommen und

Vermögen abzielen. Bei den Steuern bezahlen deshalb die Lohnabhängigen einen wachsenden Anteil der Staatsausgaben, z.B. über die Mehrwertsteuer. Dadurch kommt es zu einer weiteren Beschränkung der Massenkaufkraft. Diese Nachfragebeschränkung bremst die ökonomische Entwicklung. In den USA machte sich dies besonders deutlich bemerkbar; deshalb wurde versucht, die Nachfragerlücke durch einen massiven Ausbau von Konsumkrediten (z.B. günstige "Subprime"-Hypotheken auch für Leute ohne finanzielle Sicherheiten) zu kompensieren. Die Beschränkung der Massenkaufkraft lässt sich dauerhaft jedoch nicht mit Konsumkrediten beheben, wie die Subprime-Krise nachdrücklich belegt.

## Antworten auf die Krise der kapitalistischen Investitionsfunktion

All diese Entwicklungen haben die Schmidt'sche Formel von den heutigen Gewinnen und den morgigen Arbeitsplätzen ins Gegenteil gekehrt. Die tiefer liegende Krise des Kapitalismus konnte mit der neoliberalen Wende nur *hinausgeschoben*, nicht jedoch aufgehoben werden. *Die Gewinne von heute sind zu den Finanzblasen von morgen und den Wirtschaftskrisen von übermorgen* geworden. Damit ist die quantitative Seite der Krise der Investitionsfunktion treffend auf den Punkt gebracht.

Der ökonomische Mainstream ignoriert nun allerdings die geschilderten Entwicklungen mit einer Hartnäckigkeit, die verdeutlicht, in welchem Masse die vorherrschende Ideologie die Ideologie der Herrschenden ist. Unerbittlich wird das Mantra des Kapitals wiederholt: Die Bedingungen für die Kapitalakkumulation seien zu verbessern, der diesbezügliche Wettbewerb der Standorte anzukurbeln. Damit wird aber lediglich die Dosis des Giftes erhöht, an dem die Gesellschaften krank geworden sind: "Mehr vom selben" (Watzlawick), also "mehr Kapitalismus" wird die Krise verstärken.

Welche Wege gibt es, um adäquate Antworten auf die Krise zu finden? Wir skizzieren hier fünf Pfade, die wir als zentral für die erforderliche Transformation der gesellschaftlichen Investitionsfunktion betrachten.

Der *erste Pfad besteht darin, die Lohnquote wieder zu erhöhen*. Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass die Einkommenslage der LohnbezügerInnen und der armen Bauern in den Entwicklungs- und Schwellenländern verbessert werden muss. Dasselbe gilt für die kleinen und mittleren Einkommen in den reichen Nationen. Für diese Bevölkerungsschichten ist eine Erhöhung der individuellen Kaufkraft essentiell, und sie ist ein zentrales Gebot der Verteilungsgerechtigkeit. Eine Erhöhung der Lohnquote führt implizit auch zu andern Investitionsentscheidungen: Investitionen in Konsumgüter, in privat erbrachte Dienste und in den Tourismus werden gestützt, Investitionen in Finanzprodukte reduziert. Allerdings werden dabei konsumistische Tendenzen nicht in Frage gestellt, und die Belastung der Umwelt wird nicht reduziert. Ebenfalls ausser acht bleibt die Tatsache, dass Wohlstandsmehrung heute zu wachsenden Teilen über einen Ausbau der Gemeingüter erfolgt, nicht über eine Erhöhung individueller Kaufkraft. Gemeint sind etwa eine gute Bildung und Gesundheitsversorgung für alle sowie attraktive Lebensräume und Kulturangebote. Die Nutzung dieser Gemeingüter soll als Service public oder in den Formen einer entkommerzialiserten Ökonomie (siehe weiter unten) allen zur Verfügung stehen und nicht über Marktmechanismen und über die individuelle Kaufkraft verteilt werden. Eine Stärkung der Marktmechanismen im Bildungs- und Gesundheitsbereich wäre der Qualität, der Effizienz und der Zugänglichkeit für weniger kaufkräftige Bevölkerungsschichten abträglich - eine Erfahrung, die in den USA eindrücklich nachvollzogen werden kann.

Die zweite Möglichkeit besteht in *der Umverteilung der verfügbaren Finanzvermögen und -erträge zugunsten der öffentlichen Hand*. Steuern können ein Instrument sein, um investitionsfähige Ressourcen umzulenken. Dafür ist es erforderlich, diejenigen Steuern zu erhöhen, die Rückverteilungseffekte auslösen: Die primäre Ungleichverteilung zwischen Unternehmen und LohnbezügerInnen, zwischen Abzockerbranchen und dem Rest der Wirtschaft soll korrigiert werden. Unternehmenssteuern (und hier insbesondere Steuern, die die Finanzinstitute betreffen), Steuern auf hohen Erbschaften und Vermögen, Steuern auf Finanztransaktionen, auf hohem Einkommen und Boni erzeugen diese Wirkung. Gleichzeitig müssen die Möglichkeiten zur Steuerhinterziehung und zur Steuervermeidung unterbunden werden.

Das Denknetz arbeitet gegenwärtig an einer entsprechenden Steueragenda für die Schweiz. Jedes Jahr sollen rund 5% des BIP (das sind rund 25 Mia Franken) mittels Steuern rückverteilt werden. Damit soll einerseits ein qualitativ hochstehender Service public gesichert werden, und andererseits eine demokratische Investitionsagenda angestossen werden. Diese Investitionsagenda erörtern wir an anderer Stelle.

Ein *dritter Pfad besteht darin, auf die Investitionsentscheide privater KapitalbesitzerInnen Einfluss zu nehmen*. Dazu gibt es mehrere Wege, zum Beispiel gesetzliche Vorschriften, marktwirtschaftliche Lenkungsinstrumente oder Kampagnen, die das Konsumverhalten der Leute verändern. Auf marktorientierten Wegen war (und ist) es immer wieder möglich, interessante Entwicklungen anzustossen, z.B. im Bereich der Umweltprodukte oder des Fair Trade. Als ein Transformationspfad, d.h. als Pfad zur Veränderung zentraler Macht- und Entscheidungsstrukturen muss dieser Weg jedoch als gescheitert betrachtet werden. Er kann sich sogar ins Gegenteil kehren: Umweltschutz und Fair Trade verkommen zu Nischenmärkten, auf denen den Menschen mit nachhaltigen und sozialen Wertvorstellungen zusätzliches Geld abgeknöpft wird. Deutlich wirksamer sind klare Vorschriften und Verbote, wie das Beispiel der Einführung des Katalysators bei Motorfahrzeugen belegt. Dank des weltweit durchgesetzten Katalysators für sämtliche Neuwagen konnten die Stickoxydwerte in der Luft innerhalb von wenigen Jahren markant gesenkt werden. Ähnliches gilt auch für die Regulierung der Arbeitsbedingungen auf gesetzlichem und vertraglichem Weg. Gebote, Verbote und Regulierungen sind in den öffentlichen Diskursen der vergangenen Jahre allerdings systematisch diskreditiert worden, die Arbeitswelt wurde vielmehr in erheblichem Masse dereguliert und flexibilisiert. Verbote und Gebote müssen deshalb als Instrumente der Umwelt- und Sozialpolitik rehabilitiert werden.

*Eine vierte Piste besteht in der Sozialisierung von Unternehmen*. Während Jahren als schlimmes Übel aus der kommunistischen Mottenkiste verunglimpft, haben Verstaatlichungen in der jüngsten Vergangenheit eine unerwartete Renaissance erlebt, in den OECD-Ländern allerdings unter dem alleinigen Vorzeichen der Rettung der Finanzmärkte und grosser Auto-Konzerne. Das Tabu ist jedoch gebrochen, und das ist gut so. Es darf nicht mehr länger geduldet werden, dass zentrale öffentliche Anliegen von den privaten Eignern der mächtigen Unternehmen hintertrieben und unterlaufen werden. In Lateinamerika werden gegenwärtig interessante Erfahrungen mit neuen Rechtsformen gemacht, etwa mit Privatunternehmen, die ihre soziale Verantwortung zu übernehmen bereit sind, oder mit staatlichen Betrieben, die von den Belegschaften in Selbstverwaltung geführt werden (Azzellini, 2006).

*Ein fünfter Pfad besteht in der Entkommerzialisierung des Ökonomischen.* Ökonomie wird beileibe nicht nur dann betrieben, wenn Geld im Spiel ist. Der bedeutsamste Sektor einer nichtkommerziellen Ökonomie ist die privat erbrachte Care-Arbeit: die Sorgearbeit in der Erziehung von Kindern, in der privaten Betreuung von Kranken, in der Pflege von zwischenmenschlichen Beziehungen und "privaten" Lebensräumen. Zu den nichtkommerziellen Formen der Ökonomie gehört auch all jene nützliche Arbeit, deren Ergebnisse der Allgemeinheit frei verfügbar gemacht wird, z.B. im Form von Open Source-Programmen oder von Wikipedia-Einträgen. Stefan Meretz drückt dies für die Informatikszene in folgenden Worten aus: „Was woanders Hobby heisst, ist hier Spitze der Produktivkraftentwicklung“ (zitiert nach Gorz 2004, S. 91). Ein vorrangiger Weg zur Stärkung entkommerzialisierter Arbeit ist die deutliche Senkung der Erwerbsarbeitszeit, zum Beispiel in Form der Vier-Tage-Woche oder eines Sabbaticals während der biographischen Periode der Erwerbsarbeit, finanziert als Variante einer flexiblen Frühpensionierung. Eine wichtige Rolle in einer entkommerzialiserten Ökonomie spielen hier auch die Bildungsinstitutionen und die öffentlich finanzierte Forschung. Statt diese Institutionen dem Druck der Fremdmittelfinanzierung auszusetzen und zu einer partiellen Kommerzialisierung zu zwingen, sollten sie vermehrt Freiräume gewähren, in denen sich Lehrende und Lernende an nichtkommerziellen Formen der Güter- oder Wissensproduktion beteiligen können.

In diesem Sinne plädieren wir für eine *demokratische Investitionsagenda*, mit der eine Verlagerung der Investitionsmittel und Investitionsentscheide unter ein demokratisch legitimes Regime angestrebt wird. Diese Investitionsagenda erläutern wir in einem separaten Text.

## **Fazit**

Die Bereiche der Industrie- und Konsumgüterfertigung sind heute in hohem Masse rationalisiert, während die personenbezogenen Dienstleistungen und die wissensbasierte Ökonomie sich einer entsprechenden Rationalisierungslogik entziehen. Die letzteren absorbieren laufend mehr Arbeitskräfte, können jedoch nur beschränkt für die Erzielung privater Profite nutzbar gemacht werden. Deshalb entsteht ein Mangel an realwirtschaftlichen Investitionsfeldern, die aus Sicht des Kapitals lohnenswert sind. Das Kapital weicht auf die Finanzmärkte aus, die zunehmend aufgebläht werden und von Spekulationsblase zu Spekulationsblase taumeln. Die Gewinne von heute sind die Finanzblasen von morgen und die Wirtschaftskrisen von übermorgen. Die gesellschaftliche Investitionsfunktion ist im Kapitalismus jedoch nicht nur in quantitativer, sondern auch in qualitativer Hinsicht disfunktional geworden. Konsumismus und Elend existieren nebeneinander. Umweltverschmutzung, Plünderung der natürlichen Ressourcen und Klimawandel scheinen nicht aufzuhalten zu sein.

Der vorherrschende ideologische Mainstream ignoriert diese Entwicklungen und hält eisern am alten neoliberalen Kanon fest, wonach es in erster Linie darum gehe, die "Rahmenbedingungen" für die Kapitalakkumulation zu verbessern. Damit wird die Problemlage jedoch angeheizt und nicht entschärft. Dies gilt es breiten Teilen der Bevölkerung klar zu machen.

Nur die Neugestaltung der gesellschaftlichen Investitionsfunktion wird es erlauben, die modernen Gesellschaften auf einen positiven Entwicklungspfad zu bringen: Auf einen Pfad hin zu Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit als zentralen Leitplanken des Wirtschaftens.

Es braucht konkrete Vorstellungen darüber, wie eine alternative Entwicklung aussieht. Dazu gehört die Rückverteilung eines massgebenden Teils des Finanzvermögens mittels einer Steueroffensive, dank der 5% des BIP jährlich in demokratische Hände gelenkt werden. Höher besteuert werden sollen Unternehmen (insbesondere Finanzinstitute), Erbschaften, hohe Einkünfte, hohe Vermögen und Finanztransaktionen. Steuerhinterziehung und -vermeidung wiederum sind Diebstahl an der Allgemeinheit und müssen verunmöglicht werden.

Die neuen Finanzmittel erlauben die Verwirklichung einer sozialen und ökologischen Investitionsagenda: Den Ausbau des Service public und zielgerichtete Investitionen in den ökosozialen Umbau der Gesellschaft. Auszubauen ist der Raum, der entkommerzialisierte Formen des Ökonomischen ermöglichen: Care Ökonomie, öffentliche Forschung und Entwicklung, Bereitstellung von Wissen und Information, von freier Software und von nichtkommerziellen Kultur- und Therapieangeboten. In diesem Zusammenhang gehören auch zeitgemässe Formen der Arbeitszeitverkürzung wieder auf die politische Agenda.

### Literatur, Hinweise

Elmar Altvater, 2009, Globale Finanzkrise und der Staat, in: Widerspruch 57, Zürich

Dario Azzellini, 2006, Venezuela Bolivariana, Köln

Francois Chesnais, Claude Serfati, Die physischen Bedingungen der gesellschaftlichen Reproduktion, in: Christian Zeller, 2004, Die globale Enteignungsökonomie, Münster

André Gorz, 2004, Wissen, Wert und Kapital, Zürich

Christian Kummer, 2005, Internationale Fusions- und Aquisitionsaktivität, Wiesbaden

Jörg Huffschild, 2002, Politische Ökonomie der Finanzmärkte, Hamburg

Jörg Huffschild, 2009, Die Krise der Finanzmärkte und die Antwort der Regierungen, In: Denknetz-Jahrbuch 2009

Jörg Huffschild / Margit Köppen / Wolfgang Rhode (Hrsg.), 2007, Finanzinvestoren: Retter oder Raubritter?, Hamburg

David Harvey, Die Geographie des "neuen" Imperialismus: Akkumulation durch Enteignung, in: Christian Zeller, 2004, Die globale Enteignungsökonomie, Münster

Michel Husson, 2009, Kapitalismus pur, Stuttgart

Michel Husson, 2009/2, Crise de la finance ou crise du capitalisme?, in: Denknetz-Jahrbuch 2009

Mascha Madörin, 2009, Im Gesundheitswesen werden keine Autos montiert, in: Olympe, Feministische Hefte zur Politik, Heft 30

Ernest Mandel, 1971, Marxistische Wirtschaftstheorie, Frankfurt a.M.

Andreas Rieger, 2009, Die Renditen-Schere öffnet sich – Bricht der Block der Wirtschaftsmächte auf?  
[http://uniablog1.vs08.snowflakehosting.ch/blog1/wp-content/uploads/2009/12/Krise-und-Wirtschaftsmächte-20-11-09-\\_3\\_.pdf](http://uniablog1.vs08.snowflakehosting.ch/blog1/wp-content/uploads/2009/12/Krise-und-Wirtschaftsmächte-20-11-09-_3_.pdf)

Beat Ringger (Hsg), 2008, Zukunft der Demokratie - ein postkapitalistisches Projekt, Zürich

Hans Schäppi, 2009, Auswege aus der Wirtschaftskrise. Eine Strategie von unten. In: Widerspruch 57, Zürich

UNO, 2008/1, Medienmitteilung vom 1. Juli 2008 anlässlich des UN's 2008 World Economic and Social Survey

UNO, 2008/2, world economic and social survey 2008